Tarifabschluss im öffentlichen Dienst: Milliarden für bessere Löhne!

Am 7. April 2025 wurde im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes eine Einigung erzielt, die über 2,5 Millionen Beschäftigte betrifft.

Deutschland - Nach monatelangen Verhandlungen haben Arbeitgeber und Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eine Einigung erzielt, die über 2,5 Millionen Beschäftigte in Kommunen und beim Bund betrifft. Diese umfasst unter anderem Angestellte in Verwaltungen, Kitas, Schulen, Nahverkehr, Abfallwirtschaft, Klärwerken, Bädern, Pflegeeinrichtungen und Flughäfen. Laut **Remszeitung** sind Beamtinnen und Beamte vorerst nicht von dieser Einigung betroffen; ihre Gehaltserhöhung muss von der neuen Bundesregierung beschlossen werden.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 27 Monaten und tritt rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft. Arbeitnehmer können sich auf folgende Gehaltserhöhungen freuen:

- **Ab 1. April 2025:** 3% Erhöhung oder mindestens 110 Euro mehr pro Monat.
- **Ab 1. Mai 2026:** weitere 2,8% Erhöhung.

Zusätzlich profitieren Beschäftigte von höheren Zulagen für Schichtarbeit, die ab dem 1. Juli 2025 in Kraft treten:

- Schichtarbeit: von 40 auf 100 Euro.
- Wechselschichtarbeit: von 105 auf 200 Euro.

Ergänzende Regelungen und flexiblere Arbeitszeiten

Ein weiterer wichtiger Aspekt des neuen Tarifvertrags ist der Anstieg des 13. Monatsgehalts ab 2026. Beschäftigte haben die Möglichkeit, Teile dieses erhöhten 13. Monatsgehalts in bis zu drei zusätzliche freie Tage umzuwandeln (mit Ausnahme der kommunalen Krankenhäuser). Ab 2027 erhalten Mitarbeiter zudem einen zusätzlichen Urlaubstag. Ferner gibt es die Option, die Wochenarbeitszeit freiwillig und befristet auf bis zu 42 Stunden zu erhöhen, was in den vergangenen Verhandlungen durchaus umstritten war.

Werneke, der Vorsitzende von Verdi, betont, dass niemand gezwungen werden kann, mehr zu arbeiten. Es wird jedoch ein Aufschlag für zusätzlich geleistete Stunden geben, um den Druck auf die Arbeitnehmer zu verringern. Die Verhandlungen waren zuvor ins Stocken geraten, bis eine Schlichtung unter Roland Koch und Henning Lühr empfohlen wurde. Dabei forderten die Gewerkschaften ursprünglich eine Gehaltserhöhung von 8% sowie drei zusätzliche freie Tage, während die Arbeitgeber zunächst eine Erhöhung um 5,5% angeboten hatten, die jedoch nicht ausreichte.

Finanzielle Auswirkungen und Ausblick

Die Einigung wird erhebliche Mehrkosten für Bund und Kommunen mit sich bringen. Der Bund muss mit rund 1,94 Milliarden Euro über die nächsten 27 Monate rechnen, während die Kommunen im Jahr mehr als 10 Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten tragen könnten. Diese finanziellen Belastungen sind besonders kritisch, da viele Kommunen bereits unter hohen Schulden und finanziellen Druck leiden, wie **ZDF** berichtet.

Insgesamt stellt die Einigung einen Kompromiss dar, der sowohl die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Flexibilität bei

Arbeitszeiten als auch die Bedürfnisse der Arbeitgeber berücksichtigt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser bezeichnete den Tarifabschluss als einen „guten Ausgleich in schwierigen Zeiten“. Trotz der anhaltenden Herausforderungen bleiben weitere Streiks in anderen Bereichen, insbesondere aus dem Raum Berlin und der Länder, nicht ausgeschlossen, da die Entwicklung des Kontrasts zwischen den gewünschten Zusagen und der finanziellen Realität der Kommunen weiterhin angespannt ist.

Details	
Vorfall	Tarifkonflikt
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.remszeitung.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de